



**SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND
UNION PATRONALE SUISSE**

Es gilt das gesprochene Wort.

Medienkonferenz economiesuisse vom 20. August 2007

**Hohe Solidaritätsbeiträge der Arbeitgeber für die Soziale Sicherheit -
Zusätzliche Soziallasten schaden dem Standort Schweiz**

Thomas Daum, Direktor Schweizerischer Arbeitgeberverband

Es ist in den letzten Jahren Mode geworden, den Arbeitgebern mangelndes Engagement für die Soziale Sicherheit in der Schweiz vorzuwerfen. Die Resultate der Studie von economiesuisse widerlegen diese Kritik deutlich:

Die Unternehmen finanzierten im Referenzjahr (2003) insgesamt 31 Prozent der öffentlichen Sozialversicherungen (AHV, IV, EO und ALV). Sie sind damit die Gruppe, welche klar den grössten Beitrag an den schweizerischen Sozialstaat leistet, wobei ihr Anteil von 25.2 Prozent bei der IV, über 32.8 Prozent bei der EO und 31.7 Prozent bei der AHV bis zu 35.6 Prozent bei der ALV reicht. Bei der IV und der AHV leisten die Arbeitgeber (öffentliche und private) 45.6 Prozent der Sozialbeiträge, bei der ALV sind es 50 Prozent. Aus der letzten Zahl darf man ableiten, dass die Arbeitgeber auch einen wesentlichen Beitrag zur Deckung der Arbeitsmarktrisiken übernehmen.

Das Arbeitgeberengagement für die Soziale Sicherheit wird noch eindrücklicher, wenn man auch Bereiche berücksichtigt, die von der vorliegenden Studie nicht erfasst werden: So bezahlten die Arbeitgeber im Referenzjahr CHF 32.8 Milliarden in die 2. Säule, CHF 4.7 Milliarden für die Familienzulagen und den grösseren Teil der Unfallversicherungs-Prämien von CHF 5 Milliarden.

Bedenken wir, dass die finanziellen Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungssysteme immer auch in die Arbeitskosten einfließen, bei welchen die Schweiz im internationalen Vergleich in der Spitzengruppe liegt. In der aktuellen Hochkonjunktur wird dieses Standorthandicap von vielen Sozialpolitikern verdrängt. Es wird aber erneut in den Vordergrund rücken, wenn sich bei einer Abkühlung der Konjunktur der Preisdruck auf den internationalen Märkten wieder verschärft.

Bemerkenswert ist weiter, wie stark die öffentlichen Sozialversicherungen von den Beiträgen der natürlichen Personen im oberen Einkommenssegment abhängen. 27 Prozent ist ihr Anteil insgesamt, 28 Prozent bei der AHV. In diesem Versicherungszweig sind auch die Umverteilungseffekte am stärksten: Bei den oberen Einkommen ist das Finanzierungs-/Leistungsbezugsverhältnis 3:1, bei den unteren Einkommen ist es 1:8. Dem entspricht, dass die Versicherten mit einem Lohn oberhalb des rentenbildenden Maximums, wo jeder Beitragsfranken umverteilt wird, 45 Prozent der Versichertenbeiträge leisten.

Der Schweizerische Arbeitgeberverband steht zu unseren Sozialen Sicherungssystemen, und er ist sich bewusst, dass deren Finanzierung nur mit erheblichen Umverteilungen zu bewerkstelligen ist. Wir müssen aber auch darauf hinweisen, dass die Schweiz bezüglich der Soziallastquote in einen kritischen Bereich vorgestossen ist. Wenn die Beanspruchung des BIP durch Sozialleistungen sowie die Umverteilung über Steuern und Versicherungsbeiträge weiter wachsen, dann leidet darunter die Standortattraktivität der Schweiz. Zum einen betrifft dies die natürlichen Personen in den hohen Einkommensklassen. Zum andern geht es um die Unternehmen – und zwar nicht nur als Steuer- und Beitragszahler, sondern auch als Anbieter von Arbeitsplätzen. Dieser Zusammenhang ist besonders wichtig, denn letztlich sind es die Arbeitsplätze und die darauf erzielten Lohnneinkommen, welche dem grössten Teil unserer Bevölkerung ihre primäre soziale Sicherheit verschaffen.

In der Studie wird aufgezeigt, dass die vier betrachteten Sozialversicherungen im Referenzjahr 5.7 Prozent ihres Haushalts zu Lasten der künftigen Generationen finanzierten. Besonders hoch sind diese Wechsel auf die Zukunft bei der IV (17 Prozent) sowie bei der ALV (12.3 Prozent), und bei der EO sind die Defizite ab 2005 vorprogrammiert. Bei dieser Ausgangslage und angesichts der unvermeidlich auf uns zukommenden demografischen Lasten, sind die Vorstösse für einen weiteren Ausbau des Sozialstaats unverantwortlich.

Zürich, 20. August 2007

Kontakt:

Th. Daum
Schweizerischer Arbeitgeberverband
Hegibachstrasse 47
Postfach
8032 Zürich

Tel. 044 421 17 31
E-Mail: daum@arbeitgeber.ch